

zwischen der DDR und der BRD, die unter anderem vorsehen, sich gegenseitig nicht in die inneren Angelegenheiten einzumischen.

- Wahrung der Interessen und Rechte der Vier Mächte sowie die Interessen aller Völker Europas an Frieden. Souveränität und sicheren Grenzen. Die Vier Mächte sollten ihre Absicht erklären, nach Bildung eines einheitlichen deutschen Staates alle aus dem Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegsperiode entstandenen Fragen abschließend zu regeln einschließlich der Anwesenheit ausländischer Truppen auf deutschem Boden und der Zugehörigkeit zu Militärbündnissen.
- Militärische Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation.

Dieser Prozeß der Vereinigung der Deutschen vollzieht sich auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen den Parlamenten und Regierungen der DDR und der BRD. Alle Seiten bekunden ihren Willen zu demokratischen und gewaltlosen Formen der politischen Auseinandersetzung und schaffen dazu notwendige Garantien einschließlich Volksbefragungen.

Die Konzeption bekennt sich zu den demokratischen, patriotischen, fortschrittlichen Ideen und Bewegungen für die Einheit der deutschen Nation aus gemeinsamer Geschichte und jüngster Vergangenheit. Sie bekennt sich zu den humanistischen und zu den antifaschistischen Traditionen des deutschen Volkes.

Diese Konzeption wendet sich an die Bürger der DDR und der BRD, an alle europäischen Völker und Staaten, an die Weltöffentlichkeit mit der Bitte um Unterstützung.

Für zwei eigenständige evangelische Kirchen in BRD und DDR

**Resolution der Teilnehmerinnen am Studientag „Kirche und Sozialismus“
der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Tübingen
vom 30. Januar 1990**

(Wortlaut)

In einer Erklärung vom 17. Januar 1990 sprachen sich Repräsentanten des Kirchenbundes der DDR und Beauftragte der EKD für „eine der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland auch organisatorisch angemessene Gestalt, in einer Kirche“ aus.

Damit unterwirft sich die bundesdeutsche protestantische Kirche wieder einmal dem politischen Zeitgeist. Sie ist auf dem Weg, ihr staatskonform obrigkeitshöriges Verhalten fortzusetzen, ohne aus den fatalen Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben. So macht sie sich zur Wegbereiterin der Wiedervereinigung der DDR. Die Loccumer Erklärung legt den Grundstein für eine neue deutsch-nationale Territorialkirche. Die Kirchen leisten damit dem nationalistischen Bewußtsein, das gegenwärtig die Funktion einer bürgerlichen Ersatzreligion (civil religion) eingenommen hat, Vorschub. Die in Loccum überschwenglich zu Schau gestellte Harmonie und bruchlose Kontinuität zwischen DDR- und BRD-Kirchen verschweigt, daß es 1969 aufgrund großer Streitigkeiten (z. B. Militärseelsorgevertrag, Konzept einer „Kirche im Sozialismus“) zur Trennung der Kirchen kam.

Wir fordern die Widerrufung dieser Erklärung. Sie wurde lediglich von den Kirchenleitungen verfaßt, unter Ausschluß der kirchlichen Basis. Sie stellt die Gemeinden vor vollendete Tatsachen und verunmöglicht damit einen Diskussionsprozeß. Es ist Zeit für eine Demokratisierung der kirchlichen Strukturen.

Wir fordern die Eigenständigkeit der beiden Kirchen. Wir sind der Meinung, daß nur so die Gefahr einer dem kapitalistischen System unterworfenen übergroßen deutsch-nationalen Kirche begegnet werden kann. Gleichzeitig bildet die Eigenständigkeit die Chance zu gegenseitigem Lernen und zur Weiterentwicklung einer emanzipatorischen Theologie an der Basis.

Wir fordern, daß die Kirche in Wahrung ihrer ökumenischen Verantwortung sich die wirtschaftlichen und politischen Folgen einer Wiedervereinigung bewußt macht. Dazu bedarf es:

- des Gesprächs mit Menschen, Gruppen und Staaten, die einer Wiedervereinigung angstvoll reserviert gegenüberstehen, hier ist vor allem an Jüdinnen und Juden zu denken.
- der ökonomischen Analyse und Beurteilung einer angestrebten deutschen Einheit, durch die die DDR zum Spielball der profitorientierten BRD-Wirtschaftskonzerne wird.
- der Abschätzung der politischen Folgen dieses Bestrebens. Eine Wiedervereinigung führt zu einer weiteren Destabilisierung der SU, zu einer Stärkung der NATO und zu einer Zuspitzung des Nord-Süd-Konflikts. Das Ergebnis wird eine schrankenlose, unkritisierte Ausweitung der menschenverachtenden, kapitalistischen Politik sein.

Es ist Zeit für eine grundlegende Kritik des Kapitalismus.

Palomo in:
"La Jornada",
Mexico City

